

**A N F R A G E** von Peter Anderegg (SP, Dübendorf), Dieter Kläy (FDP, Winterthur) und Michèle Bättig (GLP, Zürich)

betreffend Der Kanton Zürich und die EU

---

Im Jahr 2006 veröffentlichte der Regierungsrat den 300-seitigen Bericht «Zürich und Europa» - Materialien für eine europapolitische Standortbestimmung des Kantons Zürich. Ziel dieses Berichtes war u.a., Vor- und Nachteile eines EU-Beitrittes gegenüber dem Weg des Bilateralismus aus Sicht des Kantons Zürich aufzuzeigen. Der Bericht hatte nicht zum Ziel, die Frage EU-Beitritt ja oder nein zu beantworten. Allerdings zweifelte bereits 2004 die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) mehrheitlich an der langfristigen Zukunft des bilateralen Wegs.

Inzwischen sind wir drei Jahre und zwei Volksabstimmungen weiter - 2006 die Osterweiterung und 2009 die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Der Bundesrat setzt offiziell zwar nach wie vor auf den bilateralen Weg, ohne sich allerdings einen EU-Beitritt zu verbauen. Und der Bundesrat hat erstmals seit 2005 das Thema eines EU-Beitritts wieder für eine Klausursitzung traktandiert.

Wie bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie haben sich die Fakten in den drei Jahren für den Kanton Zürich verändert?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation 2009 bezüglich bilateralem Weg und EU-Beitritt ein?
3. Kann der Regierungsrat durch die Erweiterung der bilateralen Verträge einen relevanten volkswirtschaftlichen Nutzen feststellen?
4. Wenn ja, worin liegt dieser bzw. lässt er sich quantifizieren?
5. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat in der Konferenz der Kantone im Hinblick auf die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge bzw. einen EU-Beitritt?
6. Wie gedenkt der Regierungsrat den Meinungsbildungsprozess verstärkt zu unterstützen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger eine kompetente Meinung in der Europadiskussion bilden können?

Peter Anderegg  
Dieter Kläy  
Michèle Bättig